



„Ich lasse mir nicht den Mund verbieten“

MAINSTREAM CSU-Rechtspolitiker Norbert Geis auf Gegenkurs zur öffentlichen Meinung

Nach seiner letzten Afrikareise wurde der Papst durch die politische Elite aus Berlin massiv kritisiert, weil er den Gebrauch von Kondomen nicht als Allheilmittel gegen Aids bezeichnet hatte. Sie dagegen haben sich als einer der wenigen auf die Seite von Papst Benedikt gestellt. Hätten Sie sich in dieser Frage mehr Unterstützung aus CDU/CSU gewünscht? Noch steht immerhin ein C vor beider Parteinamen...

Papst Benedikt ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit und ein Glücksfall für Deutschland. Er kennt die gesamte europäische Geistesgeschichte und er ist in der Lage, die modernen geistigen Strömungen entsprechend einzuordnen, was ja auch in seinen Büchern und in seinen Aussagen immer wieder zum Ausdruck kommt. Deshalb halte ich die Kritik der Deutschen am Papst und vor allem die Kritik aus der katholischen Richtung für kleinkariert. Papst Benedikt hat sich – um zu Ihrer Frage zu kommen – in der Problematik der Aidsbekämpfung in Afrika viel zurückhaltender geäußert als zum Beispiel Papst Johannes Paul II. Papst Benedikt hat recht, wenn er sagt, dass man Aids nicht allein mit Kondomen bekämpfen kann. Wer dies verkündet, bagatellisiert nicht nur die Krankheit sondern streut den Menschen, die ansteckungsgefährdet sind, Sand in die Augen. Insofern bedauere ich die Reaktionen in Deutschland außerordentlich, weil sie ungerecht waren. Gleichzeitig hätte ich mir schon erhofft und gewünscht, dass aus Reihen der CDU/CSU eine eindeutige Unterstützung des Papstes erfolgt wäre, als dies der Fall war.

Ähnlich konsequent haben Sie sich geäußert, als die Bundeskanzlerin meinte, den Papst wegen seiner Aufhebung der Exkommunizierung des Holocaustleugners Williamson kritisieren zu müssen. Hat Ihnen die öffentliche Kritik an der Kanzlerin innerhalb der Fraktion geschadet oder haben Sie hinter vorgehaltener Hand doch mehr Beifall bekommen, als dies in der Öffentlichkeit wahrnehmbar wurde?

Meine Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion wissen, dass ich mir den Mund nicht verbieten lasse. Insofern habe ich weder Zustimmung noch Widerspruch erfahren. Geschadet hat mir meine Gegenposition zur Kanzlerin auch nicht – aber das wäre mir auch egal gewesen.

Die Rolle der Bundeskanzlerin bei der Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist bei vielen Anhängern der Union auf mehr als nur Unverständnis gestoßen. Die „Dämonisierung“ von Frau Steinbach in der polnischen Öffentlichkeit, an der sich auch viele prominente polnische wie deutsche Politiker beteiligt haben, hätte doch einer klaren Stellungnahme der Kanzlerin zu Gunsten von Frau Steinbach erfordert...

Erika Steinbach selbst sagt, sie fühle sich von der Kanzlerin gut behandelt. Die Empfindlichkeiten gegenüber Polen, die die Kanz-

lerin zum Ausdruck gebracht hat, entsprechen allerdings nicht meiner Position. Ich hätte an Stelle der Bundeskanzlerin Frau Steinbach ganz klar unterstützt. Genau so wie wir Polen die eigenen Positionen und Personalentscheidungen zugestehen, muss dieses umgekehrt auch für Deutschland gelten. Gleichwohl habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass die Kanzlerin Rücksicht auf die mitregierenden Sozialdemokraten nehmen musste. Das ist der Preis der Großen Koalition.

Beim Koalitionspartner SPD wird die Aufnahme von Häftlingen aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo in Deutschland befürwortet. Wie stellt sich die CSU-Landesgruppe zu diesem Ansinnen?

Die Zukunft der Guantanamo-Häftlinge liegt allein in Händen der US-Amerikaner. Wir haben diese Menschen nicht gefangen genommen und auch nicht inhaftiert. Für mich gibt es daher keinen Grund, die Häftlinge in Deutschland aufzunehmen.

INTERVIEW

In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik wird der Migrationshintergrund eines Straftäters nicht erfasst, das heißt, die Kriminalitätsstatistik wird zu Lasten der Deutschstämmigen verfälscht. Wird sich die CSU für eine Änderung der Erfassung stark machen?

Wer sich auf eine Statistik beruft, muss sicher sein, dass diese wahrheitsgemäß ist. Und zur Wahrheit gehört, dass der Migrationshintergrund von Straftätern nicht unter den Teppich gekehrt werden darf. Nach der Bundestagswahl wird sich die CSU mit Sicherheit dafür stark machen, dass die Kriminalitätsstatistik nicht zu Lasten der Deutschstämmigen verfälscht wird. Das hat nichts mit irgendeiner latenten Ausländerfeindlichkeit, sondern hat nur etwas mit Wahrhaftigkeit zu tun.

Ihr Parteifreund Peter Gauweiler klagt gegen den Vertrag von Lissabon, weil nach seiner Meinung Deutschland die nationalstaatliche Souveränität genommen wird. Teilen Sie Gauweilers Auffassung?

Ich teile Peter Gauweilers Auffassung nicht, sonst hätte ich diese Klage mitunterschrieben. Allerdings teile ich Gauweilers Grundanliegen. Auch in einem geeinten Europa dürfen wir unsere nationalstaatliche Souveränität nicht aufgeben. Ich plädiere nach wie vor für ein Europa der Vaterländer. Ein Europa, in dem die Nationalstaaten aufgehen, lehne ich ab. Ebenso bin ich strikt gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die Türkei hat einen anderen kulturellen Hintergrund als die Völker Europas. Ich halte es für grundfalsch, Europa nur als eine Art Wirtschaftsgemeinschaft zu sehen. Für mich stellt Europa auch eine geistige und kulturelle Gemeinschaft dar. Insofern passen die Türken nicht in diese Gemeinschaft. Natürlich möchte ich mit der Türkei gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen. Deshalb ist der von CDU/CSU vorgeschlagene Weg einer privilegierten Partnerschaft der richtige Weg. ■